

Themendossier

Solidarität: ein sozialer Pakt



«Einer für alle – alle für einen». Dieses von der Schweiz seit dem 19. Jahrhundert tradierte Motto repräsentiert das Prinzip der Solidarität in unserer Gesellschaft: ein Prinzip des Engagements, um gemeinsam Ziele zu erreichen; ein Prinzip der Übernahme von Verantwortung für die soziale und natürliche Umwelt; ein Prinzip, das das soziale Band stärkt und das Menschen dazu bringt, einander zu helfen. Wie können wir heutzutage nach diesem Motto leben? Wie können wir eine Gesellschaft mit grösstmöglichem Zusammenhalt schaffen? Und wie können sich Kinder und Jugendliche während ihrer Schul- oder Ausbildungszeit in Solidarität üben? Das Themendossier «Solidarität: ein sozialer Pakt» führt Lehrpersonen an das vielschichtige Thema heran und zeigt stufenspezifische Zugänge, um das Thema mehrperspektivisch und handlungsorientiert im Unterricht zu behandeln.



Inhalt

| | | |
|------|--|----|
| 1. | BNE-Relevanz | 3 |
| 2. | BNE-Fragen | 4 |
| 3. | Hintergrundwissen | 6 |
| 3.1. | Was bedeutet Solidarität für eine Gesellschaft?..... | 6 |
| 3.2. | Was versteht die Schweizer Bevölkerung unter Solidarität und wie solidarisch ist die Schweiz?..... | 8 |
| 3.3. | Wie funktioniert Solidarität als Grundlage der sozialen Sicherheit in der Schweiz? | 10 |
| 3.4. | Inwiefern ist die «Nachhaltige Entwicklung» eine solidarische Vision?..... | 12 |
| 3.5. | Sind auch Pflanzen und Tiere solidarisch?..... | 13 |



1. BNE-Relevanz

«Oulivié de toun gran, castagné de toun paire, amourier qu'as plantat» («Olivenbaum deines Grossvaters, Kastanienbaum deines Vaters, Maulbeerbaum, den du gepflanzt hast») – dieses Sprichwort aus der französischen Provinz Languedoc steht im Einklang mit der Definition der Nachhaltigen Entwicklung. Diese besagt, dass die Bedürfnisse der heutigen Generationen befriedigt werden sollen, ohne das Risiko einzugehen, dass zukünftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht erfüllen können. Die Vision einer nachhaltigen Entwicklung basiert auf dem Prinzip der Solidarität, das nicht nur national, sondern auch international angestrebt wird.

Solidarität wird seit den Soziologen Auguste Comte und Emile Durkheim als «Zement» der Gesellschaft diskutiert und manifestiert sich heute auch in der Berücksichtigung verschiedener Dimensionen einer Nachhaltigen Entwicklung. Beispiele hierfür sind die Nachfrage nach fair gehandelten Produkten und Dienstleistungen, solidarische Nachbarschaften und Dörfer, die Förderung von Begegnungen zwischen Generationen und Kulturen sowie der Wunsch nach sozialer und beruflicher Integration von Menschen, die von Behinderung oder Arbeitslosigkeit betroffen sind. Auch das wachsende Interesse junger Menschen an humanitären Einsätzen, die Gründung von Netzwerken für eine soziale und solidarische Wirtschaft sowie Klimastreiks sind Ausdruck dieses Solidaritätsgedankens.

Ob familiär, sozial, humanitär, international, generationenübergreifend, ökologisch, wirtschaftlich oder gewerkschaftlich – Solidarität basiert auf einer starken gegenseitigen Abhängigkeit der Individuen. Dies birgt sowohl Chancen als auch Herausforderungen: Menschen schliessen sich zusammen, um sich gegenseitig zu unterstützen und gemeinsam zu handeln. Solidarität und Kooperation sind besonders in Krisensituationen wichtige Strategien. Aus Sicht einer BNE bedeutet Solidarität auch, gemeinsam Verantwortung für den Erhalt der Biosphäre und für Klimagerechtigkeit zu übernehmen. Darüber hinaus umfasst sie den Willen, Produktion, Konsum, Arbeit und Wohlstand so zu gestalten, dass Respekt für Mensch und Umwelt im Vordergrund steht.

Solidarisch zu handeln fällt uns jedoch nicht immer leicht. Das Individuum befindet sich im Spannungsfeld zwischen eigenen und kollektiven Bedürfnissen sowie der Rücksichtnahme auf die natürliche Umwelt. Oft muss es sich zwischen Verzicht und Einsatz entscheiden. Dies kann zu gesellschaftlichen Diskussionen, Spannungen oder sogar Konflikten führen. Beispiele dafür sind Migration, Ressourcenverbrauch, militärische Aufrüstung oder wie jüngst die Corona-Schutzmassnahmen. Solidarität ist deshalb nicht als gegebenes Prinzip oder festes Verständnis zu sehen, sondern erfordert ein gesellschaftliches Aushandeln, Kooperieren und Konfliktlösungsverständnis.

In der Schule und im Ausbildungsbetrieb wird Solidarität mit der Fähigkeit zur Zusammenarbeit, der Entwicklung von Empathie und dem Engagement für die Mitmenschen und Umwelt verknüpft. Es geht darum, sicherzustellen, dass die gesamte Schulgemeinschaft – insbesondere die Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studierende – gleiche Möglichkeiten haben, ihre Ansichten zu entwickeln, zu äussern und in der Gemeinschaft argumentativ zu vertreten. Ebenso wichtig ist es, die Auswirkungen heutiger Entscheidungen auf zukünftige Generationen und die Umwelt zu berücksichtigen, wie auch

individuelle und kollektive Werte und Normen zu reflektieren. Je nach Aktivität können BNE-Kompetenzen wie Antizipation, Kooperation, Perspektivenwechsel oder Verantwortung gefördert werden.

2. BNE-Fragen

Zyklus 1

Warum ist es wichtig, anderen Menschen zu helfen?

Wie wollen wir künftig unseren Streit lösen?

Was brauche ich, damit ich mich in der Schule wohlfühle?

Wie kann ich zu einem guten Klassenklima beitragen?

Was bedeuten für mich gute Freunde und Freundinnen?

Zyklus 2

Wie sieht eine solidarische Schweiz aus?

Was bedeutet es, jemandem zu helfen?

Können uns Regeln helfen, solidarischer zu sein?

Was wollen wir tun, damit sich alle in der Klasse wohlfühlen?

Zusammen leben - Wie könnte unser Generationentag aussehen?

Zyklus 3

Online/Offline – Wie handeln wir in der virtuellen Welt solidarisch?

Wie können wir in unsere Klasse nach dem Motto «Einer für alle – alle für einen» zusammenleben?

Wie wollen wir mit Vorurteilen umgehen?

Ist die Schweiz als Land solidarisch genug?

Wo sind die Grenzen zwischen Solidarität und Egoismus?

Wie können wir in unserer Gemeinde Solidarität leben?

Sekundarstufe II

Wie sieht eine solidarische Altersvorsorge aus?

Online/Offline – Wie handeln wir in der virtuellen Welt solidarisch? (vgl. Zyklus 3)

Wo sind die Grenzen zwischen Solidarität und Egoismus?

Soll/kann Solidarität eine Pflicht sein?

Wie können wir eine Gesellschaft mit grösstmöglichem Zusammenhalt schaffen?

Können wir als Klasse/Schule einen Beitrag an die Klimagerechtigkeit leisten?

Wie können wir in unserer Gemeinde Solidarität leben?



3. Hintergrundwissen

3.1. Was bedeutet Solidarität für eine Gesellschaft?

«Unus pro omnibus, omnes pro uno» - «Einer für alle. Alle für einen». Mit diesem Solidaritätsmotto appellierte der junge, noch nicht gefestigte Bundesstaat Schweiz in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts an den nationalen Gemeinschaftssinn. Ziel war es, den einzelnen Kantonen zu versichern, dass es im Interesse aller liegt, einen Teil der kantonalen Souveränität an den Bundesstaat abzugeben, um eine stabile politische Basis zu schaffen. Seinen solidarischen Effekt entfaltete das Motto erstmals nach dem Brand von Glarus 1861. Eine schweizweite Spendenaktion brachte enorme Summen zusammen, womit nicht nur überlebensnotwendige materielle Hilfe geleistet, sondern auch die Gemeinschaft gestärkt wurde.

Laut dem Historiker Georg Kreis beschreibt Solidarität eine «Geisteshaltung der Verbundenheit zwischen sogenannten Solidargemeinschaften». Diese Verbundenheit könne freiwillig eingegangen oder staatlich organisiert werden. Solidarität hat zudem einen normativen Gehalt, der laut dem deutschen Philosophen Kurt Bayertz zu drei notwendigen Bedingungen führt:

1. Der wechselseitige Zusammenhalt zwischen den Mitgliedern einer Gruppe ist nicht nur objektiv erkennbar, sondern wird auch von den Individuen wahrgenommen. Das heisst, die Mitglieder identifizieren sich mit der Gruppe und sind untereinander emotional verbunden.
2. Dieser Gemeinschaftscharakter impliziert die Erwartung von gegenseitiger Hilfe im Bedarfsfall sowie die tatsächliche Bereitschaft dazu.
3. Die Gemeinschaft und ihre Ziele werden von den Mitgliedern als legitim betrachtet. Das bedeutet, dass Hilfe in dem Bewusstsein erbracht wird, wichtige und berechnete Interessen der Gruppenmitglieder zu wahren und durchzusetzen.

Historisch betrachtet führen die Wurzeln der Solidarität ins Römische Recht zurück. Als «obligatio in solidum» bezeichnete man dort eine spezielle

Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999

Präambel

Im Namen Gottes des Allmächtigen!

*Das Schweizervolk und die Kantone,
in der Verantwortung gegenüber der
Schöpfung,*

*im Bestreben, den Bund zu erneuern, um
Freiheit und Demokratie, Unabhängigkeit und
Frieden in **Solidarität** und Offenheit
gegenüber der Welt zu stärken,*

*im Willen, in gegenseitiger Rücksichtnahme
und Achtung ihre Vielfalt in der Einheit zu
leben,*

*im Bewusstsein der gemeinsamen
Errungenschaften und der Verantwortung
gegenüber den künftigen Generationen,*

*gewiss, dass frei nur ist, wer seine Freiheit
gebraucht, und dass die Stärke des Volkes
sich misst am Wohl der Schwachen,*

geben sich folgende Verfassung...

Form der Haftung. Jedes Mitglied einer Gemeinschaft, meistens Familien, musste für die gesamten Schulden der Gemeinschaft aufkommen. Umgekehrt übernahm die Gemeinschaft die Schulden jedes einzelnen Mitglieds.

Erst seit dem Ende des 18. Jahrhunderts wurde Solidarität über diesen schuldrechtlichen Kontext hinaus erweitert und auf Bereiche der Politik, Gesellschaft und Moral übertragen. Auf dem internationalen Politparkett trat der Solidaritätsbegriff seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts neben den durch die Französische Revolution prominent gewordenen Begriff «Brüderlichkeit» und ersetzte ihn im Verlaufe der Zeit.

In der Schweiz wurden die frühen Bündnisse der Eidgenossenschaft als solidarisches Verteidigungswerk verstanden, das auf dem Prinzip der gegenseitigen Hilfeleistung («Zuzug») beruhte. Das Prinzip der Solidarität wurde deshalb auch in der Bundesverfassung von 1848 (Artikel 15 und 16) verankert und findet sich unter anderem prominent in der Präambel der aktuellen Bundesverfassung wieder.

Das Solidaritätsprinzip in der Schweiz funktionierte nicht nur als innenpolitisches Instrument, sondern wurde laut Georg Kreis auch zu einer «ausserpolitischen Maxime der Schweiz» erhoben. Nach dem zweiten Weltkrieg 1945 betonte der Bundesrat das Schweizer Solidaritätsprinzip als ausserpolitische Leitgedanke, um aufgrund der bekannt gewordenen Kooperationen mit dem nationalsozialistischen Deutschland der drohenden ausserpolitischen Isolation entgegenzuwirken. Das Prinzip der Solidarität wurde demnach auch als politisches Kalkül eingesetzt.

Ab 1950 wurde das ausserpolitische Prinzip der Solidarität auf Länder ausserhalb Europas ausgeweitet. Dieses solidarische Handeln ist unter dem Begriff «Entwicklungszusammenarbeit» bekannt. Seit der Verabschiedung der Agenda 2030 (2015) orientiert sich die Entwicklungszusammenarbeit unter anderem an den 17 Zielen für eine nachhaltigen Entwicklung, den sogenannten «Sustainable Development Goals» (SDGs).

Neben der politischen Dimension lässt sich die Solidarität in der Schweiz auch gesellschaftlich verorten. Eine frühe Form der gesellschaftlichen Solidarität zeigte sich im Genossenschaftswesen, das aus der gemeinsamen Alpbewirtschaftung, Wassernutzung, dem Wegbau und dem Kampf gegen Naturgefahren hervorging. Solidarisches Handeln in Katastrophen- und Krisensituationen wurde zu einem Hauptpfeiler der gesellschaftlichen Solidarität. Insbesondere in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zeigte sich die schweizerische Bevölkerung sowohl national wie auch international solidarisch mit Menschen in Not. So sammelt beispielsweise die Organisation Glückskette immer wieder erfolgreich Spendengelder, um Menschen in Katastrophenfällen zu helfen (z.B. Überschwemmung von Brig 1993, Tsunami im Pazifik 2004). Private NGO's haben sich der nationalen und internationalen Solidarität verschrieben (z.B. Rotes Kreuz, Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft [SGG]). Solche Non-Profit-Organisationen sind bis heute ein wichtiger Pfeiler der Zivilgesellschaft und tragen Solidarität als Thema in die Gesellschaft.

Wichtiger Bestandteil der gesellschaftlichen Solidarität sind auch Hilfeleistungen im privaten Bereich, wie etwa die gegenseitige Unterstützung zwischen Nachbarn und Nachbarinnen oder informelle Hilfeleistungen innerhalb der Familie und dem Bekanntenkreis.

Insgesamt ist Solidarität ein vielschichtiges Konzept mit unterschiedlichen Bedeutungen, Facetten und einer langen Entstehungsgeschichte. Im Kern bezieht sich Solidarität auf das Gefühl der Zusammengehörigkeit und der gegenseitigen Unterstützung innerhalb einer Gruppe oder Gemeinschaft. Sie fördert das gegenseitige Vertrauen, die zwischenmenschliche Zusammenarbeit und das kollektive Handeln. Solidarität zeigt sich in zahlreichen Lebensbereichen und wird daher auch in verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen intensiv diskutiert.

Quellen

Bayertz, Kurt (1998): *Solidarität. Begriff und Probleme* (1. Auflage). Suhrkamp.

Hebeisen, Erika (2020): *Unus pro omnibus, omnes pro uno*, abgerufen unter: www.nationalmuseum.ch, Stand: 29.07.2024.

Kreis, Georg (2012): *Solidarität*, abgerufen unter: www.hls-dhs-dss.ch, Stand: 29.07.2024.

Schweizerische Eidgenossenschaft (1999): *Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft*, abgerufen unter: www.admin.ch, Stand: 29.07.2024.

Trachsel, Daniel (2011): *Bundesrat Max Petitpierre. Schweizerische Aussenpolitik im Kalten Krieg 1945 – 1961*.

3.2. Was versteht die Schweizer Bevölkerung unter Solidarität und wie solidarisch ist die Schweiz?

Kaum haben wir die Herausforderungen der Covid-19-Pandemie – mit all ihren Einschränkungen wie «Bleiben Sie zu Hause» und Maskenpflicht in Zügen, Fitnessstudios und Schulen – hinter uns gelassen, da folgten schon die nächsten Herausforderungen: der Ukraine-Krieg, die Energiekrise, die Inflation und zuletzt der Nahostkonflikt. Solche Ereignisse belasten nicht nur die Gesellschaft, sondern beeinflussen auch die Solidarität der Menschen untereinander.

Auch heute noch schätzen die Befragten im *Solidaritätsbarometer der Glückskette* (2023) die Stimmung in der Schweizer Bevölkerung als egoistisch (53%) und desinteressiert (45%) ein. Dabei ist jedoch zu betonen, dass der zwischenmenschliche Umgang im Verlauf der Pandemie stark gelitten hat und die Einschätzung heute deutlich positiver ausfällt als bei der letzten Befragung 2021. Vor allem die aufgeheizte Stimmung habe sich gelegt und eine allgemeine Entspannung in der Bevölkerung sei spürbar. Doch was verstehen die Schweizerinnen und Schweizer eigentlich unter Solidarität?

Für die Schweizer Bevölkerung bedeutet Solidarität vor allem der Zusammenhalt in der Familie und der Nachbarschaft (73%), gefolgt von der Unterstützung von Menschen in Not (71%) und dem persönlichen Einsatz für Mitmenschen (68%). Etwas mehr als die Hälfte (57%) betrachten auch den sozialstaatlichen Ausgleich als Teil der Solidarität. Solidarität umfasst für Schweizerinnen und Schweizer also nicht nur das Prinzip des «Gebens», sondern auch des «Nehmens», wie etwa das Erhalten von Hilfe in Notsituationen. Zudem zeigt sich, dass Solidarität aus Sicht der Befragten hauptsächlich im privaten Bereich verortet wird. Je persönlicher und enger der Kontakt (z.B. innerhalb der Familie, im Freundeskreis oder unter Verwandten), desto stärker wird der Bereich als solidarisch empfunden. Dagegen werden distanziertere Bereiche wie die Arbeitswelt oder die Schweiz im Allgemeinen als weniger solidarisch angesehen. Der öffentliche Raum und die sozialen Medien werden von den Befragten sogar als egoistisch bis sehr egoistisch geprägt wahrgenommen.

Das Verständnis von Solidarität ist jedoch stark von der Sprachregion abhängig. In der italienischsprachigen Schweiz wird dem persönlichen Einsatz für Mitmenschen ein höherer Stellenwert beigemessen als in den anderen Sprachregionen. Im Gegenzug treten in der italienischen Schweiz der Zusammenhalt im eigenen Umfeld und der sozialstaatliche Ausgleich in den Hintergrund.

Trotz des unterschiedlichen Verständnisses von Solidarität gibt es in der Schweiz eine lange humanitäre Tradition, die jedoch von den Befragten weniger stark gewichtet wird. Im aktuellen Kontext wird diese Tradition vor allem mit akuter Nothilfe in Verbindung gebracht. Ein typisches Beispiel dafür ist die Solidaritätswelle beim Ausbruch des Ukraine-Kriegs. Gleichzeitig zeigt sich bei dieser Krise auch das schnelle Verschwinden der Solidarität aus dem öffentlichen Fokus. Zunächst ist die Betroffenheit und Hilfsbereitschaft sehr hoch, doch nach kurzer Zeit nimmt die Unterstützung häufig ab und es tritt eine Solidaritätsmüdigkeit auf. Der Soziologe und Solidaritätsforscher Ulf Tranow erklärt diese Halbwertszeiten der Solidarität folgendermassen: Wer in Notsituationen solidarisch handelt, ignoriert immer auch seine eigenen Prioritäten. Auf lange Zeit ist dies nicht leistbar, denn irgendwann drückt der persönliche Alltag mit seinen Problemen durch. Zudem nutzen sich Emotionen ab. Doch was bewegt uns Menschen dazu, solidarisch zu handeln oder eben nicht?

Die Motive für Hilfsbereitschaft und Solidarität sind vielfältig. Hauptsächlich werden jedoch das Pflichtgefühl, das eigene positive Gefühl und die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts als Beweggründe genannt. Nur ein kleiner Teil der Befragten (3-5%) gibt an, anderen zu helfen, um Anerkennung zu erhalten. Dabei geben 57% der Befragten an, mindestens mehrmals im Monat Nachbarn oder Bekannten zu helfen. Auch hier zeigt sich, dass die Solidarität umso grösser ist, je näher die Person steht. Die Intensität des solidarischen Engagements variiert zudem je nach Thema. So ist den jüngeren Generationen beispielsweise der Umweltschutz wichtiger als den älteren. Insgesamt zeigt sich jedoch, dass die Einschätzungen zur Solidarität über die Generationen hinweg relativ ausgeglichen sind.

Obwohl Solidarität positiv konnotiert ist, fällt uns solidarisch zu sein nicht immer leicht und wir zeigen ein egoistisches Verhalten. Es sei geradezu ein kognitiver Kraftakt, argumentiert der Psychologe Johannes Ullrich, die «Individualperspektive» zu überwinden, d.h. die eigenen Bedürfnisse zugunsten des Gemeinwohls zurückzustellen. Ähnlich sieht es auch der Soziologe Heiko Rauhut, der betont, dass jeder Mensch eine individuelle Güterabwägung zwischen dem Opfer, das er bringen muss, und dem Nutzen,

das er daraus ziehen kann, vornimmt. Deshalb kann es sein, dass der Preis als zu hoch erscheint und sich ein Individuum, eine Menschengruppe oder auch ein Staat als nicht solidarisch zeigt. Eine weitere Hürde stellt die Abhängigkeit vom Verhalten der anderen dar. Ob und in welchem Ausmass ein Mensch solidarisch ist, hängt davon ab, wie sich der Rest der Gruppe verhält. Dies gilt auch umgekehrt: Wenn sich die anderen drücken, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass wir uns ebenso nicht solidarisch zeigen. Aus diesem Grund seien nach Rauhut solidarisch agierende Vorbilder von grosser Relevanz.

Quellen

Gull, Thomas (2020): Solidarität, diese wankelmütige Gefährtin, abgerufen unter: www.news.uzh.ch, Stand: 10.09.2024.

Hermann, Michael et al. (2023): Sotomo Glückskette Solidaritäts-Barometer 2023, abgerufen unter: www.sotomo.ch, Stand: 29.07.2024.

Latsch, Marc (o.J.): Die Grenzen der Solidarität. Warum Solidarität nicht immer positiv ist, abgerufen unter: www.diakonie-duesseldorf.de, Stand: 10.09.2024.

3.3. Wie funktioniert Solidarität als Grundlage der sozialen Sicherheit in der Schweiz?

Die Schweizer Sozialversicherungen basieren prinzipiell auf dem Solidaritätsprinzip (ausgenommen die 2. und 3. Säule der Altersvorsorge).

Teilweise ist die Solidarität zwischen hilfsbedürftigen und hilfsbereiten Teilen der Bevölkerung organisiert, wie etwa in der Krankenversicherung. Geringverdienende erhalten zudem eine Prämienverbilligung, die aus Steuermitteln finanziert wird und Ausdruck der gesellschaftlichen Solidarität mit wirtschaftlich schlechter gestellten Menschen ist. Die Arbeitslosenversicherung basiert auf dem Solidaritätsprinzip zwischen Erwerbstätigen und Arbeitslosen. Und in der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) finanzieren die jüngeren Generationen die Renten der älteren Bevölkerung. Gutverdienende zahlen ausserdem einen höheren Beitrag in die AHV, als sie im Alter in Form einer Rente beziehen werden. Dieser solidarische «Generationenvertrag» ist für das

Soziale Sicherheit im Überblick

1. Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge.
2. Schutz vor Folgen einer Krankheit und eines Unfalls.
3. Erwerbersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft.
4. Arbeitslosenversicherung.
5. Familienzulagen.

Funktionieren der heutigen Altersvorsorge unerlässlich. Schliesslich sieht die Bundesverfassung den Finanz- und Lastenausgleich zwischen den Kantonen sowie zwischen Bund und Kantonen vor, um den gemeinsamen Wohlstand, die nachhaltige Entwicklung, den inneren Zusammenhalt und die kulturelle Vielfalt des Landes zu fördern.

Das heutige System der sozialen Sicherheit in der Schweiz hat eine lange Entstehungsgeschichte, die bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts zurückreicht. Mit der Gründung des Bundesstaates 1848 wurden auch die ersten Regelungen, insbesondere im Bereich des Arbeitsschutzes erlassen, wie etwa das Fabrikgesetz von 1877. Als erste Sozialversicherung wurde 1901 die Militärversicherung eingeführt. In der Zwischenkriegszeit wurden erstmals grössere sozialpolitische Programme lanciert, darunter die Unfallversicherung (1918). 1920 wurden zudem wichtige gesetzliche Grundlagen für die AHV sowie die Invalidenversicherung (IV) gelegt.

Ein weitreichender Ausbau im Bereich der sozialen Sicherheit erfolgte erst ab Mitte des 20. Jahrhunderts, weshalb die Schweiz im internationalen Vergleich diesbezüglich als «Nachzüglerin» gilt. Als gesellschaftliches Jahrhundertereignis wird die 1948 eingeführte AHV gewertet, nachdem eine erste Vorlage 1931 von den Stimmberechtigten mit 60%-Nein-Stimmen abgelehnt worden war. Etwas später schuf der Bund mit der Invalidenversicherung (1960) und der obligatorischen Arbeitslosenversicherung (1984) weitere Zweige der Sozialversicherungen. 1985 wurde das Obligatorium für die berufliche Altersvorsorge eingeführt und damit das Drei-Säulen-Prinzip verankert. Dieses Prinzip sieht vor, dass die Altersvorsorge sowohl auf staatlichen, beruflichen als auch auf privaten Vorsorgestrategien beruht: einer existenzsichernden AHV (1. Säule), einem Pensionskassenobligatorium (2. Säule) und der freiwilligen Selbstvorsorge (3. Säule). Mit der obligatorischen Krankenversicherung (1996) und der Mutterschaftsversicherung (2004) wurden wichtige Lücken in der sozialen Sicherung geschlossen. Heute besitzt die Schweiz ein engmaschiges Netz der sozialen Sicherheit, beruhend auf den staatlichen Sozialversicherungen, der staatlichen Sozialhilfe sowie privaten Unterstützungsinstrumenten.

Quellen

Bundesamt für Sozialversicherungen [BSV] (2013): Geschichte der sozialen Sicherheit in der Schweiz, abgerufen unter: www.geschichtedersozialensicherheit.ch, Stand: 29.07.2024.

Bundesamt für Sozialversicherungen [BSV] (2024): Soziale Sicherheit im Überblick, abgerufen unter: www.admin.ch, Stand: 29.07.2024.

Bundesamt für Sozialversicherungen [BSV] (2024): Das Dreisäulesystem der Alters-, Hinterlassenen und Invalidenvorsorge, abgerufen unter: www.admin.ch, Stand: 29.07.2024.

3.4. Inwiefern ist die «Nachhaltige Entwicklung» eine solidarische Vision?

«Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.»

Dieses Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung stammt aus dem Brundtland-Bericht «Our common future» (1987), publiziert von der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (World Commission on Environment and Development, WCED). Es definiert das nationale und internationale Verständnis der Nachhaltigen Entwicklung. Einerseits handelt es sich um eine Vision, die auf dem Solidaritätsprinzip zwischen den heute lebenden Menschen (intragenerativ) – sowohl lokal als auch global – basiert, die ihre Grundbedürfnisse stillen möchten. Andererseits beinhaltet es eine intergenerative Solidaritätsvision, bei der die heutigen Generationen ihren Lebensstil so gestalten, dass auch zukünftige Generationen ihre Bedürfnisse stillen können. Am Konzept der Klimagerechtigkeit wird diese inter- und intragenerative Gerechtigkeit exemplarisch verdeutlicht.

Das Konzept der Klimagerechtigkeit betrachtet den menschengemachten (anthropogenen) Klimawandel nicht nur als Umweltproblem oder als technische Herausforderung, sondern auch als ein politisches und ethisches Thema. Bislang litten jene Länder und Bevölkerungsgruppen am meisten unter den klimatischen Veränderungen, die seit jeher am wenigsten dazu beitragen haben. Die Auswirkungen der Klimakrise, wie zum Beispiel Dürren und Überschwemmungen, die die Nahrungsmittelproduktion erschweren oder zu steigenden Nahrungsmittelpreisen, Zwangsumsiedlungen und Migration führen, treffen vor allem Frauen (ca. 70 % aller Frauen weltweit sind von Armut bedroht) und junge Menschen (2022 mussten ca. 333,6 Mio. Kinder [0-18 Jahre] mit weniger als 2,15 US-Dollar pro Tag auskommen, vgl. Statista) stark. Auch ältere und vulnerable Personen leiden unter den Klimaveränderungen. In der Schweiz haben sich deshalb eine Gruppe von Seniorinnen zusammengeschlossen, um am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) gegen den Schweizer Staat zu klagen. Dieser unternehme zu wenig, um die Klimaziele zu erreichen, postulierten die Klimaseniorinnen und hielten vom EGMR recht.

Ziel der Klimagerechtigkeit ist es daher, die Chancen und Lasten des Klimawandels global gerecht zu verteilen. Dazu müssten die Hauptverursacher des Klimawandels (insbesondere die Industrie- und einige Schwellenländer) nicht nur ihre Treibhausgasemissionen reduzieren, sondern auch Verantwortung für die Unterstützung der betroffenen Länder und Bevölkerungsgruppen übernehmen. Dies umfasst zum Beispiel die Anpassung an die Folgen des Klimawandels, die Bewältigung klimabedingter Schäden und Verluste sowie den Wandel zu einer klimaneutralen, zukunftsfähigen Wirtschafts- und Lebensweise. Dazu hat die internationale Staatengemeinschaft 2015 das Übereinkommen von Paris verabschiedet, nach dem alle Länder einen angemessenen Beitrag zur Reduktion der Treibhausgasemissionen und zur Bewältigung der Folgen des Klimawandels leisten sollen.

Ein umfassender Schutz der Umwelt ist daher für heutige und zukünftige Generationen weltweit unerlässlich, wobei der Klimawandel zusammen mit anderen Umweltbelastungen wie Umweltverschmutzung und Verlust an biologischer Vielfalt betrachtet werden muss, da sich diese

gegenseitig beeinflussen und verstärken. Ungleichheiten im Zusammenhang mit der Klimakrise können durch die Forderung nach Klimagerechtigkeit und Solidarität bekämpft werden. Klimagerechtigkeit wird erreicht, indem Regierungen und Unternehmen ihren Verpflichtungen nachkommen und die Zivilgesellschaft sich solidarisch zeigt. Innovative Projekte, welche betroffenen Menschen dabei helfen, ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen, begünstigen das Konzept der Klimagerechtigkeit und stärken das Solidaritätsprinzip.

Quellen

Bundesamt für Raumentwicklung [ARE] (o.J.): 1987: Brundtland-Bericht, abgerufen unter: www.admin.ch, Stand: 29.07.2024.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung [BMZ] (2024): Klimagerechtigkeit, abgerufen unter: www.bmz.de, Stand: 29.07.2024.

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten [EDA] (2024): Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Nachhaltigkeitsverständnis in der Schweiz, abgerufen unter: www.admin.ch, Stand: 29.07.2024.

Statista Research Department (2024): Daten und Fakten zum Thema Kinderarmut, abgerufen unter: www.statista.com, Stand: 09.09.2024.

3.5. Sind auch Pflanzen und Tiere solidarisch?

«Solidarität», wie im ersten Kapitel beschrieben, ist ein von Menschen geschaffenes Konzept, das unser Zusammenleben beeinflusst. Auch Tiere und Pflanzen leben in einem «Geben und Nehmen» zusammen, jedoch bezeichnet die Biologie diese Art der Interaktion nicht als Solidarität, sondern als Symbiose.

Symbiosen treten in verschiedenen Formen auf, etwa zwischen unterschiedlichen Tieren, unterschiedlichen Pflanzen, zwischen Pflanzen und Tieren oder zwischen Pflanzen und Bakterien. Bei einer Symbiose teilen sich mindestens zwei Organismen einen Lebensraum, sei es vorübergehend oder dauerhaft. Diese symbiotischen Beziehungen können locker, regelmässig oder für beide Organismen lebensnotwendig sein. Ein grosser Teil der Pflanzen weltweit lebt in solchen symbiotischen Systemen. Beispielsweise sind viele Bäume, Sträucher und Blumen auf die Bestäubung durch Insekten angewiesen. Ein weiteres Beispiel für eine symbiotischen Beziehung ist jene zwischen Ameisen und Blattläusen: Ameisen schützen die Blattläuse vor Fressfeinden und nutzen im Gegenzug die von den Blattläusen abgesonderte Zuckerlösung als Nahrung. Ameisen sind auch ein gutes Beispiel für das gemeinschaftsfördernde Zusammenleben in der eigenen Kolonie. Aufgrund der engen genetischen Verwandtschaft unternehmen Ameisenarbeiterinnen alles, um den Fortbestand ihres Volkes zu sichern,

selbst wenn dies ihren eigenen Tod bedeutet. Des Weiteren leben viele Pflanzen in Symbiosen mit Pilzen, um Kohlenhydrate wie Glucose gegen zusätzliche Nährstoffe oder Wasser zu tauschen. Ein solches Beispiel ist die Mykorrhiza, bei der Pilze sich um das Feinwurzelsystem von Bäumen gruppieren.

Solche symbiotischen und sozialen Beziehungen in der Pflanzen- und Tierwelt tragen entscheidend zur Vielfalt und Funktionsfähigkeit der Ökosysteme bei. Diese Ökosysteme bilden aus menschlicher Perspektive eine wichtige Grundlage für die Ernährung, regulieren das Klima und liefern saubere Luft und sauberes Wasser. Zudem sind sie essenziell für die Gesundheit und Wirtschaft. Es ist daher unbestreitbar, dass die Natur unverzichtbare Leistungen von hohem ökologischem, ökonomischem und gesellschaftlichem Wert – sogenannten Ökosystemleistungen – bereitstellt.

Pflanzen und Tiere handeln zwar nicht bewusst solidarisch, wie es in den vorangehenden Kapiteln dargestellt wurde. Dennoch leben sie in wichtigen symbiotischen Beziehungen zueinander und tragen entscheidend zur Balance in der Natur bei. Menschen können sich zu Solidaritätsgemeinschaften vereinen, um sich aktiv für den Erhalt einer intakten Natur einzusetzen.

Quellen

Bundesamt für Umwelt [BAFU] (2022): Ökosystemleistungen, abgerufen unter: www.admin.ch, Stand: 29.07.2024.

Bundesministerium für Bildung und Forschung (o.J.): Symbiose, abgerufen unter: www.pflanzenforschung.de, Stand: 29.07.2024.

Schnitz, Judith (2022): Soziale Kompetenz. Ameisen – eine für alle, abgerufen unter: www.ptaforum.pharmazeutische-zeitung.de, Stand: 09.09.2024.